

Private Stiftungen

Treibstoff für Reformen

Private Sponsoren machen Bildungspolitik. Das stößt nicht überall auf Begeisterung

Von **Martin Spiewak** und **Ulrich Schnabel**

29. April 2004, 14:00 Uhr / Editiert am 15. August 2006, 10:24 Uhr / Quelle: (c) DIE ZEIT 29.04.2004 Nr.19

AUS DER ZEIT NR. 19/2004



Noch vor zwei Jahren musste Walter Wagner seine Arbeit an der Verbesserung des Schulunterrichts politisch rechtfertigen. In einer Anfrage wollte der Bayerische Landtag wissen, wozu man Wagners Fach Didaktik überhaupt brauche. „Die wussten weder, was wir machen, noch, wie man Didaktik schreibt“, staunte Wagner. Mittlerweile hat sich das Blatt gewendet. Nun hat der Chemiedidaktiker der Universität Bayreuth sogar ein Lobschreiben des Schulministeriums bekommen. Der Grund: Sein Projekt „C#NaT“ („Chemie vernetzt Naturwissenschaft und Technik“) wurde von der Robert Bosch Stiftung zur vorbildlichen Reforminitiative gekürt.

Wagner will der Misere des Fachs Chemie, das bei Schülern äußerst unbeliebt ist, mit spannenderem Unterricht begegnen. In Eigenregie entwickeln Lehrer, Schüler und Professoren neue Experimente – Woraus bestehen Lego-Bausteine? Wie wurden Farben in der Steinzeit gewonnen? –, die neues Interesse an dem als dröge empfundenen Stoff wecken sollen. Den Erfolg garantieren strenge Evaluatoren – bei den Lego-Experimenten dienen 13-jährige Mädchen als Testkandidatinnen. Heute vermittelt Wagner Fortbildungen für Chemielehrer aus ganz Oberfranken. Diese sind auch deshalb ein Erfolg, weil die Pädagogen, anders als sonst üblich, ihre Fahrkosten erstattet bekommen und in die Mensa zum Mittagessen eingeladen werden. „Dazu braucht es keine hohen Beträge“, sagt Wagner, „aber erstmals fühlen sich die Lehrer ernst genommen.“

So sinnvoll dieses Projekt auch klingt – ohne die Förderung mit privaten Geldern wäre es wohl nie zustande gekommen. „Haben wir früher Anträge gestellt, wurden sie vom Forschungsministerium abgelehnt, weil es ja um Schulen ging. Und das Schulministerium winkte ab, weil es ja Aktivitäten der

Universitäten seien“, berichtet Wagner. Erst als die Robert Bosch Stiftung, die in ihrem Programm „NaT-working“ ähnliche Reformvorschläge in Deutschland fördert, knapp 40000 Euro bewilligte, kam die Initialzündung.

Geld, Anerkennung und die Kraft, Neues auf den Weg zu bringen – was deutsche Schulen und Universitäten dringend benötigen und die Politik oft nicht liefern kann, scheinen die deutschen Stiftungen im Überfluss zu verteilen. Sie setzen Ideen schnell und pragmatisch um und sind damit der Bildungspolitik oft um zwei Schritte voraus. An nahezu allen wichtigen Bildungsreformen sind heute Stiftungen direkt oder indirekt beteiligt – mit allen Vor- und Nachteilen, die eine solche private Einflussnahme mit sich bringt.

Die Zahl der Unternehmer oder Erben, die ihr Vermögen vor dem Fiskus retten und gleichzeitig Nützliches für die Gemeinschaft tun möchten, steigt Jahr für Jahr. Über 12000 gemeinnützige Stiftungen gibt es mittlerweile in Deutschland, ein Drittel von ihnen hat sich der Förderung von Wissenschaft, Bildung und Erziehung verschrieben. Sie unterstützen hoch begabte Schüler oder benachteiligte Migrantenkinder, sponsern Kongresse zur Reformfähigkeit der Universitäten und Feldversuche zum frühkindlichen Lernen. Einige fördern mit geringen Mitteln Orchideenfächer wie die Koptologie, andere gründen gleich ganze Hochschulen.

„Dinge, die über das tägliche Geschäft hinausgehen, bekommt man fast nur noch über Stiftungen finanziert“, sagt Jürgen Mlynek, Präsident der Berliner Humboldt-Universität. Das scheinen mittlerweile selbst Politiker zu glauben. Was fällt ihnen ein auf die Frage, wie die Goldreserven für die Bildung nutzbar gemacht werden können? Eine unabhängige Stiftung soll es machen.

Wie viel Geld von privaten Stiftern derzeit insgesamt in den Bildungsbereich fließt, weiß niemand genau. Dass sie immer mehr wahrgenommen werden, dafür sorgen sie zunehmend selbst. Denn bei aller Förderung des Gemeinwohls konkurrieren die Stiftungen miteinander und versuchen sich in der Öffentlichkeit zu profilieren. So fördert etwa die Telekom-Stiftung mit mehreren Millionen Euro das Deutsche Telekom Innovation Center an der TU Berlin. Und wenn die Hertie-Stiftung ihrem Namen Glanz verleihen möchte, gründet sie eine Hertie School of Governance, die in ihrem Titel im schönsten Spagat eine Kaufhausmarke, die man mit Massenware assoziiert, mit einem Elite-Ausbildungsprogramm für Staatenlenker vereint.

Das zeigt, wie sehr sich die Rolle der großen Stiftungen gewandelt hat. Sie begnügen sich nicht mehr damit, als Mäzene „mal hier und da Geld zu verteilen und sich ansonsten vornehm im Hintergrund zu halten“, analysiert Ekkehard Winter vom Stifterverband für die deutsche Wissenschaft. Viel strategischer und professioneller sei die Arbeit der Stiftungen in den vergangenen zehn

Jahren geworden, und immer häufiger bündeln verschiedene Sponsoren ihre Kräfte. So finanzieren etwa die Hertie- und die Volkswagen-Stiftung zusammen mit weiteren Spendern das Frankfurt Institute for Advanced Studies, an dem Biologen, Chemiker und Physiker ein umfassenderes Verständnis des Gehirns erarbeiten sollen.

„Wir wollen nicht Lückenbüßer sein, sondern selbst gestalten und Strukturen verändern“, erklärt Roland Kaehlbrandt, Geschäftsführer der Hertie-Stiftung, die in den vergangenen vier Jahren ihr Personal verzehnfacht hat. Auch die Großen der Branche – Bosch, Bertelsmann und die VW-Stiftung – mischen sich mit Best-Practice-Programmen aktiv in wissenschafts- und bildungspolitische Fragen ein. „Die Ungeduld angesichts des Stillstandes in der Bildungspolitik ist gewachsen“, sagt Winter.

Als Vorreiter der neuen Geberphilosophie gilt die Bertelsmann Stiftung mit ihren 300 Mitarbeitern und einem Budget von 63 Millionen Euro. Kurz nach dem Pisa-Schock erklärte Stiftungsgründer Reinhard Mohn die Bildung zum Schwerpunkt der Gütersloher Reformaktionen. Der Mehrheitsaktionär des Mediengiganten investiert bis heute ausschließlich in eigene Ideen. Anfragen nach Stipendien oder Zuschüssen für fremde Projekte werden in der Gütersloher Zentrale kategorisch abgelehnt. Dennoch – oder gerade deshalb – ist die Stadt am Rand des Teutoburger Waldes zu einem der wichtigsten Orte deutscher Bildungspolitik geworden.

Das sieht die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Eva-Maria Stange, „mit sehr gemischten Gefühlen“. So gebe beispielsweise das von Bertelsmann initiierte Netzwerk innovativer Schulen durchaus „notwendige Anstöße“. Andererseits bestehe die Gefahr, dass am Ende „private Stiftungen die Maßstäbe dafür setzen, was eine gute Schule ist“, und damit Aufgaben übernehmen, die eigentlich dem Staat zukommen.

Besonders kritisch beäugt wurde von Anfang an die Arbeit des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE), das von der Bertelsmann Stiftung vor genau zehn Jahren gegründet wurde (siehe Kasten). Denn das CHE definiert – vor allem mit seinem jährlichen Hochschul-Ranking – inzwischen Qualitätsmaßstäbe, an denen weder die Universitäten noch der Staat vorbeikommen. Dieser Einfluss und die offensive Forderung nach Studiengebühren machen das CHE bei linken Studenten und konservativen Professoren gleichermaßen verdächtig. Kritiker beklagen eine „Bertelsmannisierung“ des Bildungswesens. Im Dezember vergangenen Jahres besetzten Studierende die Bertelsmann-Repräsentanz in Berlin und protestierten „gegen die Machenschaften des Konzerns“.

Wer jedoch das CHE als perfide Einrichtung ansieht, mit deren Hilfe die Wirtschaft Einfluss auf die Hochschulen zu nehmen versucht, verkennt die

Bedingungen, unter denen Stiftungen arbeiten. Das Institut empfängt keine Direktiven von der Leitung der Stiftung, geschweige denn vom Unternehmen. „Ich fühle mich hier so frei wie ein Hochschullehrer, nur mit mehr Geld“, sagt CHE-Leiter Detlef Müller-Böling.

Gezielt setzen Stiftungen dort an, wo dem Staat die Mittel fehlen und den Bildungsinstitutionen die Kräfte: Sie geben Denkanstöße und fördern Innovationen, zu denen sich die unter Sparzwang ächzenden Schulen und Hochschulen allein nicht mehr in der Lage sehen. Zwar können die privaten Geldgeber den Staat als Bildungsfinancier nicht ersetzen – anders als zum Teil in den USA, wo der Reichtum und Ruhm von Harvard oder Stanford vorwiegend auf Stiftungsgeldern beruht. In Deutschland ist die Finanzkraft der fünf potentesten Stiftungen privaten Rechts (siehe Grafik) gerade so groß wie der Haushalt einer Massenuniversität. Dennoch können sie mit gezielten Projekten vieles anstoßen.

Entgegen manchem Vorurteil kommt ihre Förderung dabei nicht nur Fächern zugute, in denen Nützlichkeitsabwägungen eine Rolle spielen. Im Programm „Schlüsselthemen der Geisteswissenschaften“ werden auch Philosophen, Soziologen und Wissenschaftstheoretiker von der VW-Stiftung großzügig unterstützt. In solch vernachlässigten Disziplinen können selbst kleinere Stiftungen „mit einem Betrag von 20000 Euro unendlich viel Gutes bewegen“, wie Ekkehard Winter sagt. Ein Beispiel dafür ist die Walter und Eva Adrejewski-Stiftung, die systematisch die Zusammenarbeit zwischen Mathematik und theoretischer Physik und zugleich die Universitäten in Ostdeutschland fördert. Die von ihr finanzierten Vorlesungen und Kurzbesuche hochkarätiger Forscher kosten vergleichsweise wenig – wirken aber in Jena oder Leipzig wie eine Frischzellenkur.

Nicht jedes Projekt ist so sinnvoll. „Viele Stifter wollen, aus persönlicher Betroffenheit, beispielsweise die Krebsforschung fördern – und verkennen völlig, dass in diesen Bereich bereits sehr viele öffentliche Mittel gepumpt werden. Andere förderungswürdige Felder liegen dafür brach“, klagt Winter. Auch gebe es mitunter eine „große Naivität“, was das Ausloben von Forschungspreisen angehe. „Da herrscht eine wahre Inflation, und vor allem kleinere Stiftungen sind dann ganz enttäuscht, wenn ihr Preis nicht so bekannt wie der Nobelpreis wird“, sagt der Stiftungsexperte.

Dazu kommt: Stiftungen tun Gutes nur auf Zeit. Nach einer bestimmten Förderdauer – oft sind es fünf Jahre – ziehen sie sich zurück und versuchen sich mit neuen Initiativen zu profilieren. Bis dahin muss es den geförderten Projekten gelungen sein, auf eigenen Beinen zu stehen. Sonst kann aus einem Geschenk schnell eine Last werden. Das gilt besonders für die so genannten Stiftungslehrstühle an Universitäten. Heute müsse man mehr denn je fragen,

sagt Humboldt-Präsident Mlynek, ob man den geschenkten Lehrstuhl brauche – und ob man ihn auf Dauer unterhalten könne. Sonst muss die Hochschule am Ende an anderer Stelle sparen. An einigen Universitäten heißt es daher bereits: „Bitte keine Stiftungslehrstühle mehr!“

Währenddessen wächst unter den Stiftungen die Versuchung, nicht mehr in Bestehendes zu investieren, sondern selbst zum Gründer zu werden. So gliederte die Hertie-Stiftung ihre School of Governance bewusst keiner Hochschule an. Ähnlich verfuhr die ZEIT-Stiftung, die vor vier Jahren mit der Bucerius Law School die erste private Rechtshochschule gründete. Dort schaffen der strenge Auswahltest der Studenten und deren teure Betreuung ein Lernklima, von dem herkömmliche juristische Fakultäten nur träumen können.

Doch hat die Law School auch eine Reformwirkung nach außen? Ihr Geschäftsführer Markus Baumanns verweist auf die Debatte um Elitehochschulen. Als die SPD Anfang des Jahres den Begriff auf die Agenda setzte, standen in der Law School die Telefone nicht still. „Alle wollten wissen, was eine Eliteeinrichtung ist“, sagt Baumanns. „Dabei bezeichnen wir uns selbst noch gar nicht als eine solche.“ Nun wollen private Geldgeber Tipps, wie das denn so gehe, eine eigene Hochschule zu gründen. Andere bitten um Projektideen, um freies Geld sinnvoll im Bildungsbereich anzulegen. Inzwischen denkt die Law School darüber nach, ihre Expertise zu Geld zu machen und eine Consulting-Firma zu gründen: für die Beratung orientierungssuchender Stifter.